

Einwanderung als Staatsziel gefordert

Berlin. Migrantenorganisationen haben anlässlich des Integrationsgipfels gefordert, Einwanderung als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen. In Artikel 20b solle es künftig heißen: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland.“ In ihrem gemeinsam unterzeichneten Papier fordern die 50 verschiedenen Organisationen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auch dazu auf, Asylbewerbern und Migranten mehr Führungspositionen am Arbeitsmarkt zu verschaffen. Hierzu empfehlen sie ein anonymes Bewerbungsverfahren. Zudem seien „Rassismus und Diskriminierungen nachdrücklich zu ächten und zu sanktionieren“. Da immer noch zu viele Bürger sich nicht klar von Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund distanzieren, sollten mehr Antidiskriminierungsbehörden geschaffen werden. (vi)